

## **Kantonsratsbeschluss über die Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden**

Erlassen am 27. April 2011

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 28. September 2010<sup>1</sup> Kenntnis genommen und  
erlässt

gestützt auf Art. 17 ff. des Gemeindevereinigungs-gesetzes vom 17. April 2007<sup>2</sup>

als Beschluss:

1. Der Kanton St.Gallen leistet an die Vereinigung der Gemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden Förderbeiträge im Gesamtbetrag von höchstens Fr. 7'840'200.–.
2. Zulasten der Verwaltungsrechnung 2011 wird folgender Nachtragskredit gewährt:  
3150.360 Amt für Gemeinden / Staatsbeiträge Fr. 7'840'200.–.

Zur Deckung des Kredits erfolgt eine Entnahme von höchstens Fr. 7'840'200.– aus dem besonderen Eigenkapital (zugunsten Konto 5509.488 «Verschiedene Aufwendungen und Erträge / Entnahme aus Eigenkapital» im Finanzdepartement).

3. Die Auszahlung der Förderbeiträge erfolgt:
  - a) mittels einmaliger Auszahlung des Entschuldungsbeitrags nach Annahme des vorliegenden Beschlusses (Fr. 1'167'800.– an die Gemeinde Ernetschwil);
  - b) mittels einmaliger Auszahlung des Startbeitrags zum Zeitpunkt der Gründung der vereinigten Gemeinde (Fr. 4'307'400.– an die vereinigte Gemeinde);
  - c) mittels Auszahlung nach Massgabe der tatsächlichen Aufwendungen und nach Prüfung durch das Amt für Gemeinden mit der Schlussrechnung der jeweiligen Vorhaben für die Beiträge an vereinigungsbedingtem Mehraufwand (höchstens Fr. 2'365'000.– an die vereinigte Gemeinde).
4. Dieser Erlass steht unter der Voraussetzung, dass die politischen Gemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden ihre Vereinigung und die Primarschulgemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden sowie die Oberstufenschulgemeinde Gommiswald-Ernetschwil-Rieden die Inkorporation in die vereinigte Gemeinde beschliessen.

---

<sup>1</sup> ABI 2010, 3262 ff.

<sup>2</sup> sGS 151.3.

5. Dieser Erlass untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.<sup>3</sup>

Der Präsident des Kantonsrates  
Walter Locher

Der Staatssekretär  
Canisius Braun

---

<sup>3</sup> Art. 7 Abs. 1 RIG, sGS 125.1.